

# Das 14. Treffen der Menschen mit Armutserfahrung

Anspruch und Wirklichkeit. Wie gelingt Teilhabe für alle?

Dokumentation des Treffens am 18./19.11.2019 in Berlin

AWO Bundesverband e.V. Berlin

# Inhaltsverzeichnis

<b>Vorwort von Gerwin Stöcken</b> ( <i>Sprecher der nak</i> ).....	<b>3</b>
<b>Begrüßung durch Gerwin Stöcken</b> ( <i>Sprecher der nak</i> ) <b>und Peter Storck</b> ( <i>Pfarrer</i> ).....	<b>4</b>
<b>Keynote – Erich Fenninger</b> ( <i>Bundesgeschäftsführer Volkshilfe Österreich</i> ).....	<b>5</b>
<b>Workshoprunde 1</b> .....	<b>7</b>
Workshop: Neue in der nak.....	7
Workshop: Kinderarmut.....	8
Workshop: Arbeit und Armut – Armut trotz (Erwerbs-)Arbeit.....	9
Workshop: Europäische Armutsbekämpfung.....	10
Workshop: Vorstellung einer Studie zur subjektiven Dimension von Armut.....	10
Workshop: Partizipation und Selbstorganisation aktuell und ehemals wohnungloser Menschen.....	12
<b>Plattform für Vernetzung – Projekte stellen sich vor</b> .....	<b>13</b>
<b>Thematische Feierstunde: 25 Jahre BBI</b> .....	<b>16</b>
<b>Workshoprunde 2</b> .....	<b>17</b>
Workshop: Wohnen als soziale Frage.....	18
Workshop: Existenz- und Teilhabebedarf von Kindern, die bei alleinerziehenden oder getrennterziehenden Eltern aufwachsen.....	19
Workshop: Soziale und politische (Frei-)Räume besetzen, sichern, ausbauen und verteidigen.....	21
Workshop: Beteiligung von unten: Vom Rand ins Zentrum.....	22
Workshop: Altersarmut.....	24
Workshop: Armut und Gesundheit.....	26
<b>Gespräche auf Augenhöhe</b> .....	<b>27</b>
<b>Fazit</b> .....	<b>30</b>
<b>Impressum</b> .....	<b>31</b>

## Vorwort von Gerwin Stöcken *(Sprecher der nak)*

Liebe Leserin, lieber Leser,

im November 2019 fand zum 14. Mal das Treffen der Menschen mit Armutserfahrung der Nationalen Armutskonferenz in Berlin statt. Die Treffen haben das Ziel, die politische Teilhabe von Menschen zu stärken, die für ihre Anliegen allzu oft kein Gehör im politischen Raum finden.

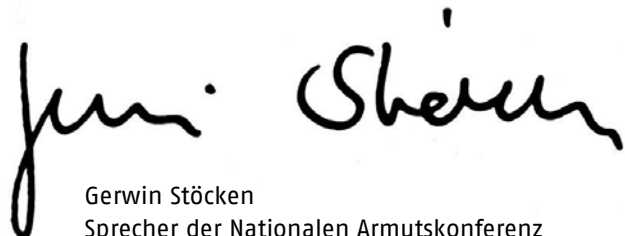
Dabei kann nur dann eine zielführende und ganzheitliche Debatte über Armut geführt werden, wenn alle Perspektiven berücksichtigt werden. Den Stimmen derjenigen, die Armut selbst erleben müssen und sich dagegen wehren und engagieren, möchte die nak mit diesem Format einen Raum geben. Daher waren Armutsbetroffene nicht nur Gäste, sondern haben aktiv an der Vorbereitung und inhaltlichen Ausgestaltung des Treffens mitgewirkt.

Wir wollen dem Rückzug, der Vereinzelung und der Scham entschieden entgegenreten und deutlich machen, dass Armut keine Frage von individuellem Versagen oder Schuld ist. Hier setzen die Treffen ein unmissverständliches Zeichen und verdeutlichen, dass Armut ein strukturell nicht eingelöstes Versprechen auf Teilhabe, Solidarität und Wohlergehen ist. Daher dienen die Treffen auch dem Erfahrungsaustausch, der gegenseitigen Bestärkung sowie der Vernetzung der vielen Engagierten.

Das diesjährige Treffen war das erste von zwei Treffen unter der Federführung der Arbeiterwohlfahrt. Die AWO kämpft von Anfang an gegen Almosen, Paternalismus, Mitleid, Suppenküchenkapitalismus und für eine selbstbestimmte Teilhabe aller Menschen an der Gesellschaft und ihren Prozessen. Daher habe ich vor gut einem Jahr das Sprecheramt der nak angetreten, denn uns geht es darum, dem Sozialstaat nicht unterworfen und ausgeliefert zu sein, sondern seine Ausrichtung demokratisch mitzubestimmen. Hier sind die Expertise und die Mitwirkung der Betroffenen unverzichtbar.

Es waren zwei intensive und arbeitsreiche Tage im Lichte der Solidarität. Die vorliegende Broschüre dokumentiert die vielen Debatten, die wir zu armutspolitischen Themen geführt haben. Der nak und den sie tragenden Organisationen und Verbänden kommt nun die verantwortungsvolle Aufgabe zu, die gewonnenen Perspektiven in die (bundes-)politischen Prozesse einzubringen. Wir freuen uns auf diese Aufgabe, denn wir sind der festen Überzeugung, dass dies die armutspolitische Debatte und die Suche nach Strategien zur Prävention und Überwindung von Armut voranbringen wird.

In diesem Sinne wünsche ich eine gute Lektüre!



Gerwin Stöcken  
Sprecher der Nationalen Armutskonferenz



## Begrüßung durch Gerwin Stöcken *(Sprecher der nak)* und Peter Storck *(Pfarrer)*

In seiner Begrüßungsrede beschrieb Gerwin Stöcken das Treffen als Möglichkeit, Armut durch die Stimmen der Betroffenen wahrzunehmen und so als nak die richtige Tonlage zu finden. Das Programm zeige die Vielfalt von Armut, die aus mehr Facetten bestehe, als unter ein bestimmtes Netto-Einkommen zu fallen, so der Sprecher der nak.

Als Hausherr der Heilig Kreuz Kirche in Kreuzberg hieß Pfarrer Peter Storck die Teilnehmer\*innen willkommen und freute sich, die Räume für einen spannenden Austausch, in dem Selbstbestimmung im Mittelpunkt steht, zur Verfügung zu stellen.



## Keynote – Erich Fenninger *(Bundesgeschäftsführer Volkshilfe Österreich)*

Erich Fenninger, Menschenrechtsaktivist und Direktor der Volkshilfe Österreich, hielt die Keynote beim 14. Treffen der Menschen mit Armutserfahrung. Zu Beginn betonte Fenninger, dass Armut uns alle etwas angeht:

„Die Befreiung der Menschen in strukturell benachteiligten Situationen ist nicht nur Aufgabe der Beteiligten selbst, sondern auch jener, die erkennen, dass jede Form der Benachteiligung letztendlich alle betrifft. Wenn Gruppen ungerecht behandelt werden, dann richtet sich diese Ungerechtigkeit auch gegen mich, weil ich in keiner ungerechten Gesellschaft leben will.“

Ferner warnte er vor Entwicklungen in unseren Gesellschaften und sich wandelnden Bedingungen für eine Politik gegen Armut: „Die Demokratien, das Soziale, die soziale Wohlfahrt werden weltweit bedroht. Sie erodieren nicht von selbst, sie werden gezielt angegriffen. Die Gefahr geht nicht von den Machtlosen, sondern von den Mächtigen aus. Global, in Europa und so auch in Österreich. Autoritärer Neoliberalis-

mus hat sich in Österreich zusehends mit Rassismus und Menschenfeindlichkeit verbündet.“

Fenninger warf die Frage auf, warum es möglich sei, dass so viele Menschen von Armut betroffen sind und unmittelbar neben ihnen Menschen in Reichtum leben? Und er zitierte eine mögliche Antwort von Bertold Brecht: „Weil du reich bist, bin ich arm.“ Dabei betonte er, dass Armut nicht die Folge von subjektivem Fehlverhalten, sondern von struktureller Benachteiligung ist. Und dennoch werde Armut mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln der Macht und der Kommunikation subjektiviert.

Dabei sei doch die eigene soziale Lage und Lebenschance stark von der Zufälligkeit der Herkunft bestimmt: „Wir werden hineingeworfen in eine Welt, privilegiert oder benachteiligt. Wir werden geboren in Aleppo im Krieg oder in Wien im Frieden. Wir kommen in den Banlieues in Paris im finanziellen Mangel oder am Prenzlauer Berg im Wohlstand zur Welt.“

Fenninger warnte zudem vor einer Spirale der Abwertung und Stigmatisierung von benachteiligten Menschen, wie er sie in Österreich erlebt: „Menschengruppen werden von Neoliberalen wie Rechtsextremen zumeist auf Grund ihrer Äußerlichkeiten markiert und negative Eigenschaften werden unterstellt. Ziel ist es, sie vom WIR und vom UNS auszuschließen, um die Akzeptanz für deren Disziplinierung herzustellen. Zuerst waren es die Ausländer, dann die Flüchtlinge. Das Recht auf Asyl und die Genfer Flüchtlingskonvention wurden nicht nur in Frage gestellt. Sie wollten diese zerstören. Gestern waren es die Österreicher\*innen, die armutsbetroffen sind, heute die Erwerbslosen, die abgewertet werden, um ihnen das Menschenrecht, das Recht auf ein gelingendes Leben zu entziehen.“ Daher forderte er eine Politik, die Menschengruppen in ihrer Wertigkeit nicht sortiert, sondern ihre Gleichwertigkeit anerkennt: „Bedingungslose Anerkennung der Verschiedenheit, bei aller Gleichheit als Menschen.“

Zudem verwies Fenninger auf die Ökonomisierung von Politik und Wahlkämpfen. Dies schade der Demokratie: „One guy, one vote. Jede Stimme ist gleich viel wert, die Grundvoraussetzung einer Demokratie. Die Wirklichkeit sieht vielerorts anders aus: Die Vermögenden finanzieren Wahlkämpfe und erkaufen ihren Parteien die Macht. Ihre Interessen werden zur Politik der Regierenden. Die Zivilgesellschaft, die NGOs wurden in Österreich diffamiert und von der politischen Gestaltung ausgeschlossen. Statt Diskurs und Kooperation herrscht Angriff und Verleumdung. Ein Überwachungsstaat

wurde ausgebaut, der allen Bürger\*innen gleichermaßen unterstellt, dass von ihnen Gefahr ausgehen würde. Um davon abzulenken, dass die allergrößte Gefahr und Korruptionsbereitschaft nicht von uns, sondern von dieser abgewählten Regierung ausgegangen ist. Statt Bildung – Beurteilung. Statt Pädagogik – Disziplinierung. Ihre patriarchale Gesinnung wird in ihren Aussagen manifestiert. Wer in unserem Hause schläft und isst, hat auch die Volkspartei zu wählen.“

Zum Schluss appellierte Fenninger an die gemeinsame Verantwortung einer sozial gerechten Gesellschaft: „Die Zukunft ist in der Gegenwart angelegt. Wir arbeiten auf gesellschaftliche Veränderungen, soziale Entwicklungen, sozialen Zusammenhalt, Ermächtigung und Befreiung hin. Dabei sind unsere Prinzipien soziale Gerechtigkeit, Menschenrechte, gesellschaftliche Verantwortung und bedingungslose Anerkennung der Verschiedenheit. Das Ziel ist also Wohlergehen durch sozial gerechte Veränderung. Wie wir dieses Ziel erreichen? Indem wir klar machen, dass wir keine Bittsteller sind, sondern soziale Rechte haben. Indem wir Bündnisse schmieden und als Zivilgesellschaft laut werden!“



## Workshoprunde 1

Die Workshop-Phasen stellten einen wichtigen Bestandteil des Treffens von Menschen mit Armutserfahrung dar. Die Workshops deckten unterschiedlichste Themenbereiche der Armut ab und gaben dabei Raum, von eigenen Erfahrungen zu berichten. Ziel der Workshops war es außerdem, Ideen für konkrete Aktionen zu finden oder politische Forderungen zu formulieren. Ebenso konnten die Teilnehmer\*innen sich hierbei vernetzen und Vorstellungen für Kooperationen sammeln. Die Vertreter\*innen der Wohlfahrtsverbände, Gewerkschaften und NGOs hatten dabei stets ein Augenmerk darauf, welche konkreten Erwartungen und Anregungen an sie gerichtet wurden.

Im folgenden Teil werden die Ergebnisse der einzelnen Workshops präsentiert.

### Workshop: Neue in der nak

Der Workshop richtete sich an alle, die das erste Mal dabei waren. Da viele neu Engagierte großes Interesse haben, sich vertieft und längerfristig einzubringen, zeigt dieser Workshop Möglichkeiten auf, wie politische Teilhabe innerhalb der nak organisiert ist.

Erika Biehn informierte darüber, dass zum Beispiel die Möglichkeit besteht, sich in einer der Mitgliedsorganisationen der nak zu engagieren, im Rahmen von Arbeitsgruppen fachpolitisch mitzuarbeiten oder die Veranstaltungen wie das Jahrestreffen zu besuchen. In diesem Jahr waren wieder viele Personen zum ersten Mal beim Treffen dabei. Der Workshop diente für sie als erste Orientierung.

## Workshop: Kinderarmut

Im Workshop Kinderarmut wurde zunächst beschrieben, dass auch im wohlhabenden Deutschland jedes fünfte Kind von Armut betroffen ist. Es wurde dargelegt und diskutiert, welche materiellen und kulturellen Entbehrungen dies für die Betroffenen und ihre Familien bedeutet. Nikola Schopp (Zukunftsforum Familie) ordnete die Befunde politisch ein und präsentierte Vorschläge zur Prävention und Bekämpfung von Kinderarmut sowie zur Sicherstellung von Teilhabechancen für Kinder und Jugendliche. Als überfälligen Reformvorschlag wurde dabei die Idee der Kindergrundsicherung präsentiert.

Valentin Persau (AWO Bundesverband) ergänzte mit der Präsentation zentraler Ergebnisse der aktuellen AWO-ISS-Kinderarmutsstudie – einer Langzeitstudie, welche die Lebenslagen und Lebenschancen junger Menschen von der KiTa bis zum jungen Erwachsenenalter untersucht. Aus der Studie wird ein hoher sozialpolitischer Handlungsbedarf ersichtlich, denn etwa ein Drittel der von Armut betroffenen damaligen Kinder hat auch heute, über 20 Jahre später, noch mit den Folgen der Armut zu kämpfen.

Auch wenn Kinderarmut im Rahmen des Treffens insgesamt eher ein Randthema war und andere Armutslagen im Vordergrund standen, so wurde dennoch ein hohes Problembewusstsein deutlich und ein ambitioniertes politisches Handeln in diesem Politikfeld gefordert.





## Workshop: Arbeit und Armut – Armut trotz (Erwerbs-)Arbeit

Zum Einstieg wurden aktuelle Zahlen aus einer Antwort der Bundesregierung vom August 2019 zur Niedriglohnsituation in Deutschland in einer PowerPoint-Präsentation vorgestellt. Mit zwei Leitfragen wurde die anschließende Diskussion mit den rund 20 Teilnehmenden strukturiert.

Zu der Frage „Was sind Gründe, weshalb Menschen trotz Erwerbsarbeit einkommensarm sind?“ wurden die Beiträge der Teilnehmenden gesammelt. Als häufigste Merkmale wurden die atypischen bzw. prekären Beschäftigungsverhältnisse (z. B.: Befristung, Teilzeitarbeit, Mini-Job, Leiharbeit) sowie die nachlassende Tarifbindung und der gesetzliche Mindestlohn genannt. Des Weiteren wurde betont, dass die hohen Energie- und Mietkosten die Situation der Betroffenen weiter verschärft und dass Einkommensarmut immer Altersarmut bedeutet.

Mit der zweiten Frage „Wie kann Einkommensarmut in der Erwerbsarbeit minimiert/reduziert werden?“ wurden konkrete politische Forderungen gesammelt. Als zentrale Forderungen sind hier zu nennen:

- Bekämpfung von Lohn- und Sozialdumping auch durch mehr staatliches Kontrollpersonal
- Allgemeinverbindlichkeit von Tarifverträgen und keine Löhne unterhalb der „Armutsgrenze“
- Max. 30 % des Erwerbseinkommens für Miete bzw. Energiekosten
- Rückkehrrecht von Teilzeit auf Vollzeit ohne Einschränkungen
- Vermögende stärker besteuern, u. a. durch Luxussteuer auf bestimmte Güter/Waren
- Existenzsichernde Grundsicherung (Regelsätze)
- Mehr gesellschaftlichen Druck auf Politik und Regierung





### Workshop: Europäische Armutsbekämpfung

In dem Workshop zum Thema „Europäische Armutsbekämpfung“ haben die Teilnehmenden die Funktionsweise der EU und ihre Rolle in der nationalen Armutsbekämpfung kennengelernt und diskutiert.

### Workshop: Vorstellung einer Studie zur subjektiven Dimension von Armut

Zu Beginn des Workshops stellte Prof. Antonio Brettschneider eine im Vorfeld des 6. Armuts- und Reichtumsberichts von der Bundesregierung beauftragte Studie vor. Sie untersucht auf der Grundlage von Interviews mit Betroffenen das Erleben von Armut.

Danach wurden folgende Punkte herausgearbeitet und diskutiert:

#### Schulden

Schulden können auch entstehen durch Behördenhandeln, indem Leistungen entweder nicht, nicht pünktlich oder nicht in voller Höhe ausgezahlt werden; durch hohe Zuzahlungen

Es wurde dargestellt, dass trotz wirtschaftlichen Aufschwungs in der EU immer noch sehr viele Menschen von Armut und sozialer Ausgrenzung bedroht sind. Die Teilnehmenden sprachen sich dafür aus, dass auf europäischer Ebene mehr gegen Armut getan werden muss. Dazu seien weitere, verbindlichere Instrumente notwendig neben den bestehenden Instrumenten wie die Europa-2020-Strategie und die der EU-Strukturpolitik.

Mit dem EU-finanzierten Projekt „Frostschutzengel 2.0 – Gesundheitsförderung und Beratung für wohnungslose Menschen“ wurde anhand eines konkreten Beispiels gezeigt, wie europäische Armutsbekämpfung vor Ort geleistet wird und wirkt.

Die Teilnehmenden befürworteten die Unterstützung von Wohnungslosen durch EU-Mittel. Gleichzeitig wünschten sich die Teilnehmenden eine Ausweitung der Mittelausstattung, um mehr Menschen mit Projekten zur Armutsbekämpfung erreichen zu können.

im Gesundheitswesen, wie z. B. bei Zahnersatz, Nachforderungen von Beitragszahlungen. Unvorhergesehene notwendige Anschaffungen wie Weiße Ware (Waschmaschine, Kühlschrank etc.); durch Konsum, es wird mehr Geld ausgegeben als durch das Einkommen gedeckt ist, denn Konsum löst kurzzeitig positive Gefühle aus.

Fazit: Schuldentilgung ist meistens nicht möglich, die Aussicht auf ein Einkommen signifikant über der Pfändungsfreigrenze ist verschwindend gering. Schulden haben weitreichende negative Auswirkungen von psychischen Belastungen bis hin zu Obdach- und Wohnungslosigkeit.

### Alleinerziehende

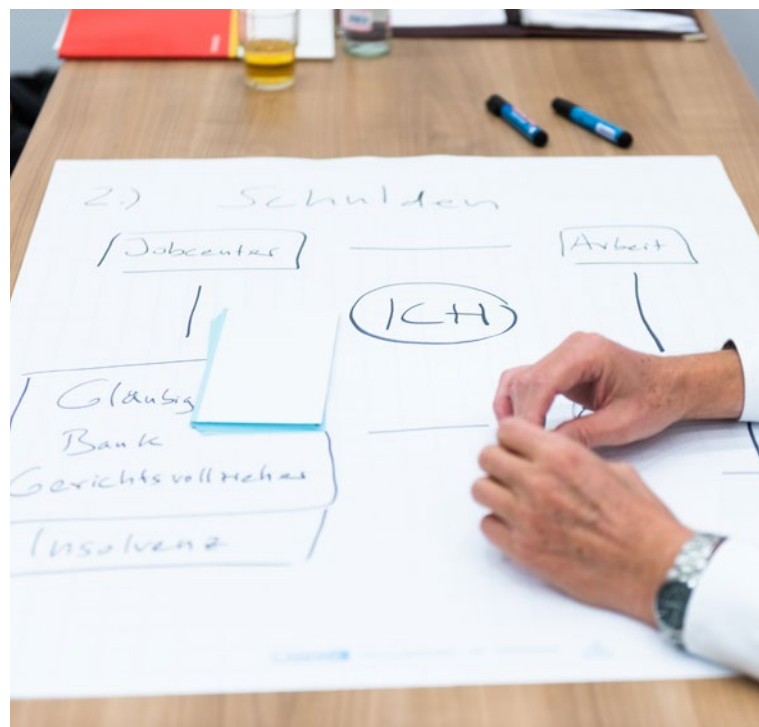
Betroffen sind in neun von zehn Fällen Frauen. Auf der anderen Seite befinden sich teils auch die Unterhaltspflichtigen wirtschaftlich in einer prekären Situation. Die Auswege sind hier eher gering, denn allzu oft gelingt die Aufnahme einer sich lohnenden Erwerbstätigkeit nicht.

### Psychisch Kranke in ALG II

Was ist zuerst da? Die psychische Indisposition (von Krankheit sollten wir nicht gleich sprechen) und dadurch Arbeitslosigkeit oder die Demütigung durch das Hartz-IV-Regime und als Folge psychische Probleme?

### Einige Aussagen

- Als ich die Erwerbsminderungsrente durchgeboxt hatte, hatten sich alle psychischen Probleme verflüchtigt.
- Ich habe Angst vor der Zukunft, kann ich meine Wohnung behalten? Wenn im Haushalt was kaputtgeht, habe ich oft Schlafstörungen, ich sehe keinen Ausweg.
- Ich habe Schuldgefühle. Ständig schauen mich die Leute schief an, weil ich arbeitslos bin, aber ich kann doch nichts dafür.



### Lösungen/Forderungen

Es gab eine relativ hohe Übereinstimmung darüber, dass soziale Dienstleistungen, diverse Maßnahmen, psychosomatische Behandlungen bestenfalls Linderung verschaffen. Beispielsweise können die Tafeln punktuell eine vorübergehende Hilfe sein.

Wir doktern zu viel an den Symptomen herum, ohne uns um die Ursachen zu kümmern.

Intensiv wurde über das Ehrenamt als möglichen Ausweg diskutiert. Die Bitte an die nak: Diese Diskussion sollte vertieft werden.



## Workshop: Partizipation und Selbstorganisation aktuell und ehemals wohnungsloser Menschen

Ein Thema war die Nacht der Solidarität vom 29. auf den 30. Januar 2020 in Berlin. In dieser Nacht werden Obdachlose gezählt, denn bisher existieren nur Schätzungen über die Anzahl der Menschen, die in Berlin auf der Straße leben. Diese Zahl reicht von ca. 2.000 bis zu 10.000 oder gar 20.000. Auf Grundlage der Ergebnisse aus dieser Nacht will Berlin seine Hilfs- und Beratungsangebote für die betroffenen Menschen anpassen.

Die Frage, ob es sinnvoll ist, sich im Rahmen einer Aktion zu beteiligen, wurde diskutiert. Eine Umsetzungsidee war, die großen Träger der Wohnungslosenhilfe anzusprechen, damit das Thema in den Einrichtungen und Tagesstätten und durch weitere Akteure der Wohnungslosenhilfe zügig verbreitet wird und evtl. Organisatorisches geklärt werden kann. Eine bessere Vernetzung der Basisinitiativen zur Stärkung der Schlagkraft, wie

der BBI, der Selbstvertretung wohnungsloser Menschen und dem Armutsnetzwerk wurde geplant.

Am 28. März 2020 sollte der *Global Housing Action Day* stattfinden. Unter dem Motto „Wohnen für Menschen statt für Profite!“ sollten an diesem Tag in ganz Europa Initiativen und Gruppen gegen steigende Mieten, Verdrängungsprozesse und Zwangsräumungen auf die Straße gehen. Die *Selbstvertretung wohnungsloser Menschen* plante, daran teilzunehmen. Außerdem wurde über die Planung und konkrete Umsetzung des Marschs von Berlin über Brüssel nach Paris gesprochen, den die Bundesbetroffeneninitiative wohnungsloser Menschen (BBI) unterstützt.





## Plattform für Vernetzung – Projekte stellen sich vor

Die Projekt-Plattform schaffte die Gelegenheit für Projekte und Initiativen, sich selbst und ihre Arbeit vorzustellen. So wurden Ansprechpartner\*innen sichtbar und der Kontakt und Austausch zwischen den Initiativen erleichtert und gefördert.

Unter anderen stellte sich das **Armutnetzwerk e.V.** vor. Dessen Ziel ist es, eine bundesweite Plattform für Menschen mit Erfahrung von Armut und Ausgrenzung zu schaffen, um durch Vernetzung und Engagement an politischen Entscheidungen mitzuwirken und so der Würde eine Stimme zu geben.

→ Kontakt: [info@armutsnetzwerk.org](mailto:info@armutsnetzwerk.org)

Ein weiteres spannendes Projekt trägt den Namen **„Den Durchblick behalten“** und wurde von Michaela Hoffmann vom Diözesan-Caritasverband Köln e.V. vorgestellt. Sie kritisiert, dass es in Deutschland keinen Anspruch auf Unterstützung für den Kauf von Sehhilfen gibt, obwohl über 40 Millionen Menschen darauf angewiesen sind. Die Initiative macht sich daher für Menschen politisch stark, die sich eine Brille nicht leisten können, denn jeder Mensch habe das Recht auf soziale Teilhabe und damit auf eine Brille.

→ Kontakt: [www.dendurchblickbehalten.de](http://www.dendurchblickbehalten.de)

Das **Bündnis für menschenwürdiges Existenzminimum** gab eine Erklärung zum Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 05.11.2019 ab und betonte, dass es sich weiterhin dafür einsetzen wolle, alle Eingriffe in das Existenzminimum zu verhindern und die Grundsicherungsbeziehenden stärker zu fördern.



**Markus Holzbauern** berichtete, dass er Workshops im Zusammenhang mit den Themen Weltwirtschaft, Finanzsystem und Wohnungslosigkeit anbietet. Auch leitet er konkrete Projekte wie sozialpolitische Theaterarbeit.

→ Kontakt: [MarkusHolzbauern@web.de](mailto:MarkusHolzbauern@web.de)

Beim **Mieterprotest Kosmosviertel Berlin** können sich Menschen zusammenfinden, um gegen überhöhte Modernisierungskosten für Mieter\*innen und gegen Verdrängung zu kämpfen.

→ Kontakt: [conceptsocal@googlemail.com](mailto:conceptsocal@googlemail.com)

Der **Hartz IV Betroffenen e.V. Potsdam** berät, begleitet und beschäftigt Menschen im Bereich des SGB II. Die Mitglieder prüfen Bescheide, begleiten ALG-II-Bezieher\*innen zum Jobcenter oder zum Sozialgericht. Damit keine Langeweile aufkommt, werden Beschäftigungsmöglichkeiten angeboten wie Modellbau und Kunstgestaltung.

→ Kontakt: [Hartz-4-betroffene@freenet.de](mailto:Hartz-4-betroffene@freenet.de)



Die **AG Jobcenter-Reform Freiburg** will auf die Bedingungen in Jobcentern vor Ort einwirken. Ziel ist es, durch Beschwerdemanagement und Qualitätskontrolle ein diskriminierungsfreies Umfeld zu schaffen.

→ Kontakt: [kay.raasch@kabelbw.de](mailto:kay.raasch@kabelbw.de)

Das **Bündnis Sozialticket in NRW** setzt sich für ein kostenloses Sozialticket in Nordrhein-Westfalen ein.

In der **Selbstvertretung wohnungsloser Menschen** fordern wohnungslose oder ehemals wohnungslose Menschen, das Recht auf Wohnen im Grundgesetz zu verankern und sofortige Maßnahmen für einen sozialen Wohnungsbau unter Beteiligung wohnungsloser Menschen in Planung und Umsetzung auf allen Ebenen einzuleiten. Außerdem ist ihnen die massive Verstärkung von Sofortmaßnahmen für Menschen, die auf der Straße leben, wichtig.

→ Kontakt: [kontakt@wohnungslosentreffen.de](mailto:kontakt@wohnungslosentreffen.de)



**Die Bundes-Betroffenen-Initiative-Wohnungsloser-Menschen-in-Deutschland e.V.** stellte die Idee eines symbolischen Marschs von Berlin über Brüssel nach Paris („Karavane der Hoffnung“) der Basisorganisation vor, der im Oktober 2020 stattfinden soll. Damit wollen die Karavane-Teilnehmenden den Anspruch der Selbstorganisation und ihre armutspolitischen Vorstellungen gegenüber der Europäischen Union und den organisierten Lobbyinteressen erheben.

→ Kontakt: [saurerroland@gmail.com](mailto:saurerroland@gmail.com)

In Kooperation mit **Tacheles e.V.** gibt es eine öffentliche Umfrage der Nationalen Armutskonferenz zu den Öffnungszeiten und der Erreichbarkeit der Jobcenter. Damit soll der Tatsache Rechnung getragen werden, dass Menschen der Zugang zu Jobcentern oft nur an bestimmten Wochentagen oder nur mit einem Termin möglich ist und deshalb Fragen bezüglich der Existenz oft nicht schnell genug geklärt werden können.



## Thematische Feierstunde: 25 Jahre BBI

Anlässlich des 25-jährigen Bestehens der Bundes-Betroffenen-Initiative-Wohnungsloser-Menschen in Deutschland, kurz BBI, wurde das langjährige Engagement mit einer Feierstunde gewürdigt und der Stand der politischen Partizipation und gesellschaftlichen Teilhabe armutserfahrener Menschen diskutiert und kritisch reflektiert. Seit ihrer Gründung im Jahre 1995 setzt sich die BBI „für Obdachlose, Berber, Wohnungslose, Ex-Obdachlose, Ex-Wohnungslose“ ein.

In seiner Laudatio verdeutlichte Roland Sauer (Sprecher der Landesarmutskonferenz Baden-Württemberg) das Motto der BBI, die Obdachlosigkeit vom Rand der Gesellschaft in dessen Zentrum zu bringen. Dabei sah er die Initiative auf einem guten Weg, merkte aber an, dass das Ziel, im politischen Zentrum zu stehen, vielleicht nie ganz erreicht werden könne.

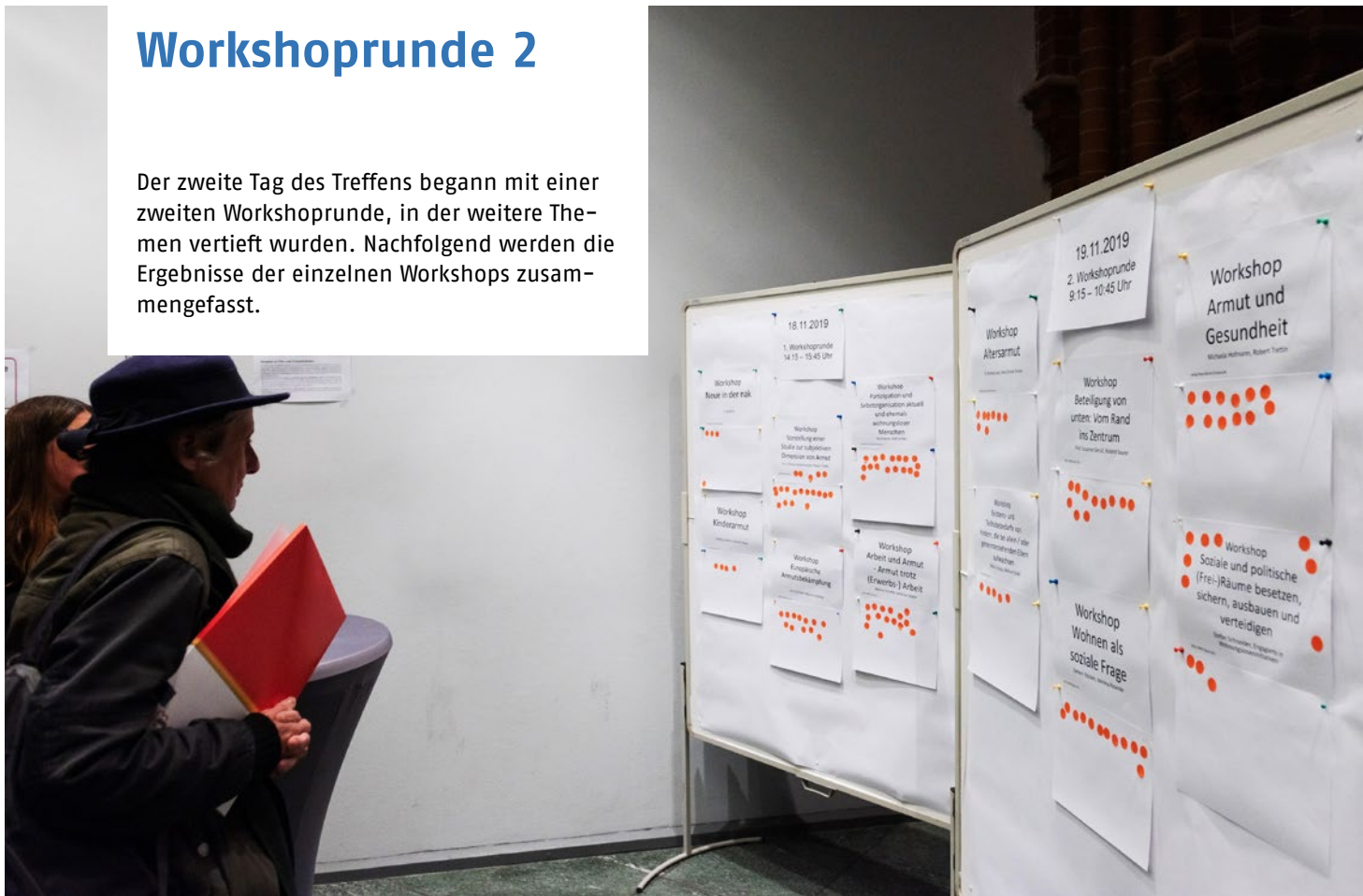
Im Anschluss daran betonte der derzeitige Vorsitzende Mathias Becker die besonderen Herausforderungen in der Arbeit der BBI. Durch die eigene Betroffenheit und das fordernde Engagement bestehe stets eine schwierige Doppelbelastung. Jedoch sei auch gerade in der Selbstbetroffenheit eine emanzipatorische Chance zu sehen. Als Basisorganisation stelle die BBI eine Bewegung von unten dar, in der jede\*r die Verantwortung, etwas zu verändern, selbstbestimmt wahrnehmen kann. Als gelungenes Beispiel nannte Mathias Becker dafür das Urteil des Bundesverfassungsgerichts, mit dem die Sanktionen im SGB II teilweise für verfassungswidrig erklärt wurden. Dies sei in erster Linie den Anstrengungen des sanktionierten Leistungsbeziehers als Kläger und dessen Anwalt zu verdanken.

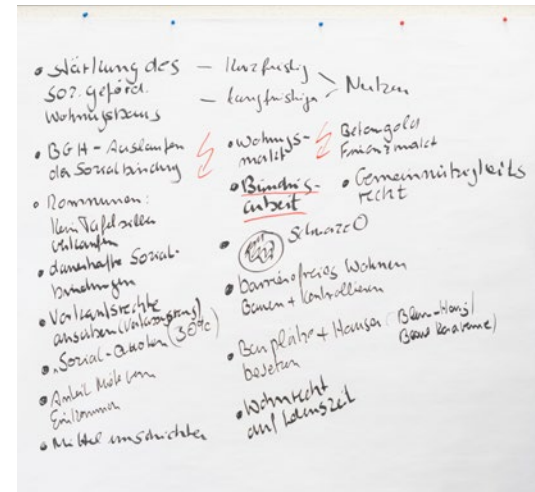




## Workshoprunde 2

Der zweite Tag des Treffens begann mit einer zweiten Workshoprunde, in der weitere Themen vertieft wurden. Nachfolgend werden die Ergebnisse der einzelnen Workshops zusammengefasst.





## Workshop: Wohnen als soziale Frage

### Ausgangslage

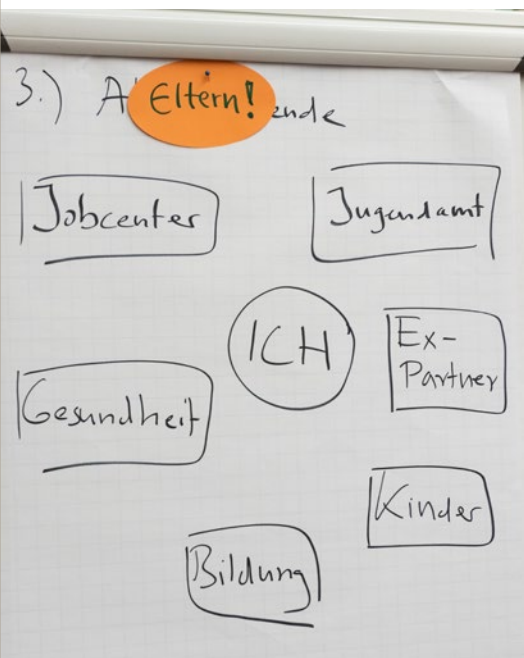
Der Wohnungsmarkt ist aus den Fugen geraten. Die Folgen tragen insbesondere Menschen mit besonderen Bedarfen sowie Menschen mit unteren und mittleren Einkommen. Verdrängung und zunehmende Wohnungslosigkeit sind heute traurige Realität. Die steigenden Mieten sind für immer größere Teile der Bevölkerung zu einem bedeutenden Problem geworden. In dem Workshop „Wohnen als soziale Frage“ wurden politische Strategien und zivilgesellschaftliches Engagement für das Recht auf Wohnen diskutiert.

### Diskussionsergebnisse

Es bestand Einigkeit darin, dass es einer Stärkung des sozialgeförderten Wohnraums bedarf, um Verdrängung und steigende Wohnungslosigkeit zu bekämpfen. Diskutiert wurden der kurzfristige sowie der langfristige Nutzen des Instruments.

Des Weiteren waren sich die Teilnehmenden des Workshops einig darin, dass besonders die auslaufende Sozialbindung vieler Wohnungen in der Praxis ein gravierendes Problem darstellt. Hier wurde festgehalten, dass insbesondere die Kommunen kein „Tafelsilber“ verkaufen dürfen, sondern sich für dauerhafte Sozialbindungen einsetzen und auch ihre Vorkaufrechte ausüben müssen. Gefordert wurden sog. „Sozial-Quoten“ auf dem Wohnungsmarkt sowie die Faustregel, dass die monatliche Miete nicht höher als 30 Prozent des monatlichen Nettoeinkommens sein sollte. Ferner wurde die Bedeutung des barrierefreien Wohnens hervorgehoben, die bereits in der Bau- und Planungsphase berücksichtigt werden muss.

Die Bündnisarbeit wurde als wichtige Strategie genannt, um das zivilgesellschaftliche Engagement zur Verwirklichung des Rechts auf Wohnen zu stärken. Die nak zählt deshalb zum Träger\*innenkreis des Aktionsbündnisses „Wohnen ist Menschenrecht“ (vgl. → <https://menschenrecht-wohnen.org>).



### Workshop: Existenz- und Teilhabebedarf von Kindern, die bei alleinerziehenden oder getrennterziehenden Eltern aufwachsen

#### Ausgangslage

Wenn sich ehemalige Paare dafür entscheiden, für die Erziehung und Betreuung ihrer Kinder gemeinsam Sorge zu tragen, verdient dies Respekt und Anerkennung. Nach Trennung und Scheidung kommt es häufig vor, dass es zu einer fehlenden Existenzsicherung für Kinder aus armen Familien kommt – und dies zunächst unabhängig vom Betreuungsmodell.

#### Input Nikola Schopp für das Zukunftsforum Familie (ZFF)

Aus Sicht des ZFF braucht es mehr als eine bestimmte Umgangsregelung, um nach der Trennung gemeinsame Sorge zu tragen. Besonders gravierend ist dies derzeit bei erweitertem Umgang und beim Wechselmodell, da ein Konstrukt der temporären Bedarfsgemeinschaft praktiziert wird: Das heißt, dass der umgangsberechtigte Elternteil während des Aufenthalts des Kindes Anspruch auf einen Anteil des Regelbedarfs des Kindes hat. Im Umkehrschluss werden teilweise für den anderen Elternteil die

Regelbedarfe des Kindes entsprechend gekürzt. Ausgehend von der Gewissheit, dass der Bedarf des Kindes kein Kuchen ist, der einfach nach Aufenthaltstagen geteilt werden kann, weist Nikola Schopp (ZFF) erneut auf die Forderung vieler Verbände hin: In einem ersten Schritt Auflösung des Konstrukts der temporären Bedarfsgemeinschaft und die Einführung eines Umgangsmehrbedarfs.

Darüber hinaus sollten bei allen weiteren Lösungen folgende grundlegende Überlegungen handlungsleitend sein:

- Das Kindeswohl muss immer an erster Stelle stehen.
- Die materielle Existenz des Kindes muss gesichert sein, d. h. mit Bedacht geführte Diskussionen zu Änderungen im Kindesunterhalt.
- Das Wechselmodell ist ein Umgangsmodell, darf jedoch nicht als vorherrschende Norm verankert werden.

### **Input Michael Stiefel für das Armutsnetzwerk (ANW)**

Seitens des ANW wird kritisiert, dass durch die Zuordnung der Kinderleistungen zu Haushalten statt zu den Familien eine systematische Bedarfsunterdeckung für die Kinder entsteht, die sich mit unterschiedlichen Zeitanteilen (12 Stunden Regel) in den Haushalten beider Eltern aufhalten. Es gibt bis heute keine gesetzliche Absicherung der Existenzbedarfe von Umgangskindern.

Seitens des ANW wird kritisiert, dass im SGB-II-System der Bedarf von Umgangskindern zunächst komplett ungedeckt war. Auch der Vorschlag eines Umgangsmehrbedarfs ist seit sieben Jahren in der Diskussion, ohne dass es eine Konkretisierung gäbe oder eine Umsetzung in Aussicht stünde. Währenddessen ist die Bedarfsdeckung dieser Kinder aktuell (!) und fortlaufend ungesichert.

Das ANW schlägt daher als kurzfristige Lösung vor, umgehend eine hälftige Auszahlung des Kindergeldes an beide Eltern vorzunehmen, damit wenigstens diese geringen Mittel zur Bedarfsdeckung der Kinder bei jedem Elternteil für den aktuellen Bedarf der Kinder tatsächlich zur Verfügung stehen. Das solle dann auch bei einer künftigen Kindergrundsicherung gelten.

Die Zuordnung von Kinderleistungen zu Haushalten statt zu Familien widerspricht dem Kindeswohl und missachtet Kinderrechte. Die Leistungen für Kinder müssen als individueller Anspruch des Kindes ausgestaltet sein.

- Das Kindeswohl ist Ausgangspunkt und umfasst regelmäßig die Betreuung des Kindes durch beide Eltern in unterschiedlichen Zeitanteilen.
- Maßstab muss sein, Bedarfe der prekär betroffenen Kinder vorrangig zu sichern.
- Kinder müssen raus aus dem Hartz-IV-System. Der Bedarf soll Anspruch des Kindes sein.

- Grundlage ist das Recht auf Familienleben und die Pflege familiärer Beziehungen und nicht die Zuordnung des Kindes zu (willkürlichen) Haushaltstypen.

### **Diskussionsergebnisse**

Einigkeit besteht darin, dass durch das Richterkonstrukt der „temporären Bedarfsgemeinschaft“ eine Bedarfsunterdeckung in beiden Haushalten entsteht, insbesondere bei den monatlich anfallenden Grundkosten.

Einigkeit besteht darin, dass durch die Rechtsprechung entstandenen Lösungen Konflikte in die Nachtrennungsfamilien hineingetragen werden, ohne wirksam die Kinderbedarfe zu sichern. Damit schürt diese Regelung den Elternkonflikt und führt häufig zu einer Unterdeckung des Existenzminimums des Kindes im Haushalt der Mutter und des Vaters.

Einigkeit besteht auch darin, dass insgesamt die Bedarfe von Kindern ungenügend gedeckt sind und auch in den Verbrauchsstichproben noch zu wenig erfasst werden. Die zusätzlichen spezifischen Bedarfe multilokal lebender Kinder zur Pflege familiärer Beziehungen werden ungenügend berücksichtigt. Darüber hinaus braucht es mehr Forschung und gleichzeitig mehr Datenerhebungen, um die vielfältigen Lebensmodelle und Teilhabebedarfe von Kindern nach Trennung und Scheidung auch darstellen zu können.

Langfristig sprechen sich die ZFF, das Armutsnetzwerk und die Teilnehmer\*innen für eine Kindergrundsicherung aus, die das Existenzminimum des Kindes dauerhaft absichert.

Einigkeit besteht darin, dass diese Kindergrundsicherung als Anspruch des Kindes gestaltet sein soll. Kein Konsens besteht zur Frage, ob Grundlage die Familie(n) oder ein Haushaltstyp sein soll.

## Workshop: Soziale und politische (Frei-)Räume besetzen, sichern, ausbauen und verteidigen

### Leitfrage(n)

Welche konkreten Schwierigkeiten, Hindernisse und Probleme bestehen, wenn Arme und wohnungslose Menschen sich in konkreten Vorhaben beteiligen, engagieren und bestenfalls selbst organisieren und wie können diese – bestenfalls gemeinschaftlich – aus dem Weg geräumt werden?

### Vorstellung der eigenen Freiräume

Corinna (Pforzheim) kommt aus der Gewerkschaftsbewegung und engagiert sich jetzt in Gruppen der Selbstorganisation. Rainer (Berlin) beschäftigt sich mit der Stiftung Kunstdemokratie und einer Denkfabrik von unten. Olli (Köln) versucht in Auseinandersetzung mit Behörden einen mentalen Selbstschutz aufzubauen. Die Auseinandersetzung mit Behörden ist ein Widerstandskampf und gesucht wird ein kreativer Umgang damit. Martin (Hannover) möchte Gerechtigkeit über eine nichtlineare progressive Einkommenssteuer herstellen. Ilse (Köln) engagiert sich allgemein für das Thema Wohnen und Netzwerke, die sich darum kümmern. Hannes (Freistatt) engagiert sich in einer Wohnungslosenhilfeeinrichtung in einer Bewohnervertretung. Auch die digitale Vernetzung obdachloser Menschen ist ihm ein Anliegen. Dirk (Freistatt) will durch seine Mitarbeit in der Koordinierungsstelle der Selbstvertretung mit zur Selbstorganisation beitragen. Stefan (Berlin) will Menschen, die etwas verändern wollen, anstiften und ermutigen.



### Bestandaufnahme

Wie oben dargestellt, gibt es eine ganze Reihe von sozialen und politischen Freiräumen, in denen die Teilnehmenden agieren können.

### Zentrale Schwierigkeiten, Hindernisse und Probleme werden gesehen

- im **Verteilungsproblem**. Armut und Reichtum, Geld und Arbeit, Wohneigentum und Mietwohnungen und so weiter sind ungleich verteilt, die Gesellschaft sorgt sich nicht um alle, im Gegenteil, die Spaltungen werden vertieft.
- beim Jobcenter, dem Sozialamt und anderen **Behörden**. Ihre Handlungslogik wird als kafkaesk, verbrecherisch, faschistisch und willkürlich beschrieben.
- bei Obdachlosigkeit wird die **Unterbringung verweigert**, obwohl es Wohnungsleerstand gibt.



Einige **Freiräume** sind von uns besetzt, müssen aber gesichert und ausgebaut werden. Dazu ist es nötig, sich auszutauschen und sich zu vernetzen.

Eine Vernetzung ist nicht einfach, weil mögliche Partnerinnen oder Partner anderslautende Auffassungen haben oder aus anderen Gründen schwierig sind. Deswegen sollten wir uns genau ansehen, was Vernetzung bedeutet. Und das ist immer: eine (zeitweilige) Verbindung mit anderen herstellen für ein bestimmtes Ziel oder eine bestimmte Absicht UND gleichzeitig die Autonomie der anderen respektieren und darauf achten, dass auch die eigene Autonomie gewährt bleibt. Vernetzung = Verbindung + Autonomie.

Dabei ist es wichtig, zwischen **Strategie und Taktik** zu unterscheiden. Eine Strategie ist langfristig, eine Taktik kurzfristig. Möchte man zum Beispiel viele Menschen auf die Straße bringen (200.000 Menschen), muss man sich ansehen, ob und wie das zu organisieren ist. Wenn aus jeder Landeshauptstadt ein Bus mit 50 Menschen kommen soll, sind das lediglich 800 Menschen, die zusammenkommen. Auf der

anderen Seite entstehen mehr als 100.000 € an Kosten für die Miete der Busse und die weiteren Kosten. Wer will und kann das auftreiben? Auf der anderen Seite kann man sagen, dass Qualität möglicherweise wirkungsvoller ist als Masse, dass also 200 engagierte Menschen durchaus etwas bewegen können im Vergleich zu 2.000 Menschen, die nur irgendwie dabei sind. Es kommt also im Wesentlichen erstmal nicht auf das Geld an (obwohl das auch wichtig ist), sondern auf Motivation und Solidarität (gegenseitige Unterstützung).

Das Anliegen einer **digitalen Vernetzung wohnungsloser Menschen** ist ein gutes Beispiel für eine mögliche Vernetzung. Menschen und Gruppen schließen sich zusammen, machen einen Aufruf für die Spende gebrauchter Smartphones, schreiben Mobilfunkfirmen, Mobilfunk-Hersteller und weitere Organisationen an, entwickeln eine Kampagne, verteilen die Smartphones an Bedürftige, bieten Schulungen an und helfen dabei, sinnvolle Apps und Webseiten zu entwickeln, und tragen so zu einer praktischen Vernetzung wohnungsloser Menschen für Aktionen bei.

## Workshop: Beteiligung von unten: Vom Rand ins Zentrum

Prof. Susanne Gerull eröffnete den Workshop mit einem Referat zu dem Thema „Betroffenenvertretungen wohnungsloser Menschen – Anspruch und Wirklichkeit“, das die Ergebnisse ihrer Studie zur Partizipation in der Wohnungshilfe präsentierte. Dabei stellte sie die folgenden Thesen auf:

- Betroffene sollen in vielen Fällen gar nicht ermächtigt werden, sich auf fachpolitischer Ebene einzumischen, sondern sollen dort die Interessen der Professionellen vertreten. Sie werden im schlimmsten Fall instrumentalisiert, im besten Fall ohne formale Mitbestimmungsrechte „angehört“.
- Eine Dominanz von Professionellen in Betroffenenvertretungen kann zur Instrumentalisierung der Betroffenen führen.
- Betroffene und Professionelle haben sich entpolitisiert. Früher gab es gemeinsame politische und öffentlichkeitswirksame Aktionen wie Häuserbesetzungen (1990er Jahre in Berlin) oder die länderübergreifende Karawane gegen Armut und Ausgrenzung (2010 in Süddeutschland).

- Weitere Hindernisse und Stolpersteine sind selbst- und fremdgesteuert:
  - Unpassende Strukturen und Sprachbarrieren auf Tagungen und Kongressen
  - Genug Probleme, das eigene Leben zu organisieren
  - Scham und Ausgrenzungserfahrungen
- nur begrenzt eine Professionalisierung ihrer Arbeit sicherstellen.
- Gesellschaftliche Anerkennung bleibt ein Dauerdefizit. Die BBI trifft auf ein Hilfesystem, das sich vielfach den Reformen und Öffnungen verweigert.
- Die Ökonomisierung und die Fremdsteuerung, das New Social Management gewinnen seit den 80er Jahren die Oberhand in der Sozialen Arbeit.

Der Input war zunächst Anlass für eine angelegte Diskussion, in der im Wesentlichen Frau Prof. Gerullis aus der Partizipationsstudie gewonnenen Erkenntnisse von den Anwesenden bestätigt wurden.

Im Anschluss befassten sich die Workshopteilnehmer\*innen mit den von Roland Sauer zur Sprache gebrachten BBI-Thesen:

- In der BBI kommen erstmals Menschen zusammen, die – von deklassierten und diskriminierten Lebenslagen bestimmt – politisch selbst aktiv werden.
- Ihre Ressourcen sind von Anfang an begrenzt, sowohl materiell wie finanziell. Die BBI bleibt ehrenamtlich strukturiert. Sie kann

Es gab Teilnehmende, die sich ein politisches Engagement von Betroffenen nicht vorstellen konnten. Ihr momentanes Anliegen bewege sich in Klärungen eines psychotischen Alltags, teils in Einrichtungen, mit denen „man/frau sich im Krieg“ befindet, teils mit der alltäglichen risikoreichen Bedürfnislage. Einige wünschten sich daher, dass die Bedürfnisse konkreter und praxisnaher diskutiert werden. Da in dem Workshop aber gerade die genannten Thesen Diskussionsgrundlage sein sollten, könnte zukünftig im Vorfeld noch besser kommuniziert werden, was Gegenstand der Workshops ist.



## Workshop: Altersarmut

Anna Droste-Franke begann den Workshop mit einer Darstellung der empirischen Befunde und Handlungsbedarfe aus Sicht der nak zum Thema Altersarmut in Deutschland:

- Die Armutsquote für die Altersgruppe der ab 65-Jährigen war mit 15,9 % im Jahr 2015 zuletzt etwas höher als die der Gesamtbevölkerung, die bei 15,7 % lag. Diese Entwicklung spiegelt sich auch in der prozentualen Veränderung der Armutsquote von Rentner\*innen und Pensionär\*innen von 2005 im Vergleich zu 2015 wider.
- Die Zahl der Menschen, die ab der gesetzlichen Altersgrenze auf die Grundsicherung im Alter angewiesen sind, lag Ende 2018 nach Angaben des Statistischen Bundesamts bei knapp 560.000. Das sind etwa 3,3 % aller in Deutschland Lebenden, die aufgrund ihres Alters nicht mehr im Erwerbsleben stehen.
- Trotz dieser eher durchschnittlichen Zahlen ist das Risiko der „Altersarmut“ in der Bevölkerung sehr präsent: Zwei von drei Personen sehen ein hohes oder sehr hohes Risiko, zukünftig in der Ruhestandsphase von Armut betroffen zu sein. Insbesondere im mittleren Erwachsenenalter bei Personen im Alter von 35 bis 64 Jahren ist diese Einschätzung weit verbreitet.
- Woran liegt das? Die Menschen wissen sehr genau, dass die Rente Spiegel des Erwerbslebens ist und die Erwerbsbiographien der heutigen Arbeitnehmer\*innen wegen der beschriebenen Veränderungen am Arbeitsmarkt wie (Langzeit-) Arbeitslosigkeit, Niedriglohnbeschäftigung oder prekäre Selbständigkeit größere Lücken aufweisen, als das bei den heutigen Bestandsrentner\*innen der Fall ist.
- Hinzu kommen die Rentenkürzungen des letzten Jahrzehnts und das langfristig sinkende Rentenniveau: Die Rentenniveauabsenkung führt dazu, dass die Löhne langfristig stärker steigen als die Renten und Rentnerinnen und Rentner immer weiter von der Lohn- und Wohlstandsentwicklung

abgehängt werden. Von den zuletzt guten Rentenerhöhungen dürfen wir uns nicht täuschen lassen.

- Auch wenn Altersarmut heute noch nicht so weit verbreitet sein mag, waren sich die Teilnehmenden des Workshops einig, dass sich dies in den kommenden Jahren ändern wird. Die wichtigsten Handlungsbedarfe hat die nak in ihren im April 2019 veröffentlichten zentralen Botschaften zu Alterssicherung und Rente festgehalten. Diese sind abrufbar unter: [https://www.nationale-armutskonferenz.de/wp-content/uploads/2019/04/2019\\_4\\_30-nak-Botschaften-Rente-Altersarmut.pdf](https://www.nationale-armutskonferenz.de/wp-content/uploads/2019/04/2019_4_30-nak-Botschaften-Rente-Altersarmut.pdf)

Im Anschluss gab Dr. Katrina Pfundt vom AWO Bundesverband einen Input zum Thema „AWO aktiv im Quartier – Ehrenamt und Hauptamt Hand in Hand“:

- Ausgangslage und gesellschaftliche Herausforderung zugleich ist der demografische Wandel: 2019 ist bundesweit in etwa jede\*r Fünfte +65 Jahre alt. Prognosen zufolge wird 2030 jede\*r Vierte +65 Jahre alt sein. Bereits heute sind 3,7 Mio. Menschen pflegebedürftig i. S. des SGB XI, davon werden 2/3 zu Hause versorgt, das sind etwa 2,9 Mio. Menschen. 1,7 Mio. Menschen leben mit einer Demenz.
- Damit einher geht auch ein sozialer Wandel: Kinder wohnen zu 50 % nicht mehr am Elternwohntort und die Frauenerwerbstätigkeit lag 2017 bei etwa 74 %. Die steigende Mobilität und zunehmende Frauenerwerbsarbeit sind bedeutsam, weil Angehörige und vor allem Frauen auch noch heute den größten Anteil der Sorge- und Pflegearbeit übernehmen. Es zeigen sich somit veränderte Bedarfslagen, die parallel durch sozialräumliche Wandlungsprozesse (Schrumpfung und Wegzug aus ländlichen Regionen) und einen Fachkräftemangel im Bereich der Pflege verschärft werden, während vorhandene familiäre Hilfe- und Unterstützungsnetzwerke an ihre Grenzen gelangen.





- Quartiersentwicklung, was bedeutet das? Quartiere, Stadtteile Gemeinden oder Dörfer werden entsprechend der lokalen Bedarfe gemeinsam durch Bewohnerschaft, Kommunen und lokale Akteure so gestaltet und entwickelt, dass (alten) Menschen auch im Falle von Hilfe-, Unterstützungs- und/oder Pflegebedarf der Verbleib in der eigenen Häuslichkeit oder im vertrauten Stadtteil ohne Versorgungs- und Teilhabedefizite möglich ist.
  - Dies umfasst die Konstituierung eines Hilfemixes, eine generationengerechte Gestaltung des Umfeldes, Schaffung von Begegnungs- und Teilhabemöglichkeiten sowie die Schaffung bedarfsrelevanter wohnortnaher Versorgungs-, Beratungs-, und Unterstützungsangebote.
  - Quartiersentwicklung bietet deshalb vielfältige Chancen für die sozialraumorientierte Arbeit. Seit 2012 wurden innerhalb der AWO vielfältige Maßnahmen ergriffen, um Verband und Unternehmen in sozialräumlicher Arbeit und bedarfsorientierter Quartiersentwicklung weiter zu entwickeln: Von Juni 2015 bis Juni 2017 lief das Modellprojekt „AWO aktiv vor Ort“, von September 2016 bis August 2019 das ESF-Projekt „FaQuar – Entwicklungswerkstatt Fachkräftesicherung in der Altenhilfe durch Quartiersentwicklung“ und seit Januar gibt es das Projekt „Gesundheitsförderung und Prävention für ältere Menschen im Quartier“. Zwischen 2012 und 2019 wurden parallel über 130 Quartiersprojekte entwickelt und an über 100 bundesweiten Standorten umgesetzt.
- Die beiden Inputs waren Anlass für eine angelegte Diskussion, in der im Wesentlichen die nachfolgenden **Lösungen/Forderungen** von den Anwesenden festgehalten wurden:
- Der Sicherung des Rentenniveaus kommt im Hinblick auf die Armutsbekämpfung deswegen ein besonderer Stellenwert zu, weil die Einkommenssituation im Alter in der Regel kaum noch verändert werden kann und soziale Aufstiege kaum noch stattfinden.
  - Die materielle Lage ab Erreichen der Rentenphase ist ein Resultat des bis dahin gelebten Lebens, sodass sich die vorherigen Marktchancen auf dem Arbeitsmarkt in der Höhe der Alterseinkommen widerspiegeln.
  - Mit zunehmendem Alter rückt die soziale Komponente von Armut stärker ins Bewusstsein: Ältere Personen geben häufiger an, ein niedriger sozialer Status sei ein Zeichen von Armut. Außerdem werden auf Armut basierende Hürden bei der Pflege sozialer Kontakte mit zunehmendem Alter häufiger gesehen.
  - Quartiersentwicklung kann eine Lösung sein für eine generationengerechte Entwicklung des Wohnumfelds, um einen Hilfemix aus wohnortnaher Versorgung, Beratungs- und Unterstützungsangeboten zu schaffen, jedoch steht die Notwendigkeit, über Wohnraum zu verfügen, an erster Stelle.

## Workshop: Armut und Gesundheit

- Der Workshop startete mit kurzen Inputs der verschiedenen Gäste. Unter anderem stellten zwei Mitarbeiterinnen eines Gesundheitszentrums für Obdachlose und ein Zahnarzt ihre Arbeit vor. Danach erzählten auch die anderen Teilnehmenden von ihren Erfahrungen im Gesundheitswesen und es entstand eine lebhaftige Diskussion.
- Dass viele Menschen im Gesundheitssystem sind und eine medizinische Versorgung erhalten, wurde positiv gesehen. Jedoch war man der Ansicht, dass Reformen der vergangenen Jahre keine Verbesserungen für die Patienten gebracht haben. Handlungsbedarf sah die Gruppe bei folgenden Punkten:
- Schulden bei den Krankenkassen durch Rückforderungen, wenn der Krankenkassenverpflichtung nicht nachgekommen wird und wurde.
- Schulden durch Zuzahlungen bei Zahnersatz oder anderen Hilfsmitteln
- Zu wenig Informationen bzw. Aufklärungen über Härtefallregelungen oder Befreiungen von Zuzahlungen
- Keine bzw. zu wenige Krankenwohnungen für Menschen auf der Straße
- Medizinische Versorgung von Menschen auf der Straße oder Nichtversicherten wird durch Stiftungen oder Ehrenamtliche übernommen. Dies sind staatliche Aufgaben, die, wie auch in vielen anderen Bereichen der Daseinsvorsorge, durch den Staat finanziert und umgesetzt werden müssten.
- Verletzung der Menschenrechte auch im Gesundheitswesen
- Zu viele und komplizierte Verfahren, die keine/r mehr nachvollziehen kann.
- Nicht der Mensch scheint im Mittelpunkt zu stehen, sondern ökonomische Interessen. Diese gefährden eine qualitative und gute medizinische Versorgung.



### Lösungen/Forderungen

- Krankenwohnungen einrichten, zumindest so lange keine Wohnungen verfügbar sind.
- Die medizinische Versorgung von allen Menschen auf der Straße muss sichergestellt und als staatliche Pflichtaufgabe begriffen werden.
- Eine medizinische Regelversorgung für alle einführen, nicht nur eine Notversorgung.
- Rückforderungen von Krankenkassen durch Härtefallregelungen individueller und Armut vermeidend ausgestalten.
- IGeL-Leistungen verbieten.
- Besuche von Ärzten und Krankenhäusern usw. ermöglichen durch eine kostenfreie Beförderung mit öffentlichen Verkehrsmitteln.

Unabhängig von den Themen, die im Workshop „Armut und Gesundheit“ angesprochen wurden, muss auch die Forderung erhoben werden, dass Schwarzfahren nicht mehr kriminalisiert wird. Denn auch ein Gefängnisarrest macht Menschen nicht gesund.



## Gespräche auf Augenhöhe

Im Anschluss an die Workshop-Phasen fand ein Austausch der Teilnehmer\*innen mit den folgenden Gästen aus der Politik statt:

- MdB Michael Groß, SPD-Bundestagsfraktion
- MdB Thomas Seerig, FDP-Fraktion Abgeordnetenhaus Berlin
- Taylan Kurt, Bündnis 90/Die Grünen-Fraktion Berlin Mitte

In jeweils 15-minütigen Gesprächen hatten die Teilnehmer\*innen Gelegenheit, den Abgeordneten die Forderungen der Workshops mitzuteilen und sich nach Vorschlägen zur Durchsetzung zu erkunden. Danach rotierten die einzelnen Gruppen zum nächsten Abgeordneten, welcher wiederum Frage und Antwort stehen musste.

Gefragt wurde beispielsweise zum Thema Armut und Gesundheit, wie es bei notwendigen Arztbesuchen sichergestellt werden kann, dass alle Menschen krankenversichert sind. Insbesondere bei Menschen, die von Obdachlosigkeit betroffen sind, sei die Krankenversicherung oft nicht gewährleistet. Ebenso höchst problematisch sahen die Teilnehmer\*innen die hohen Schulden gegenüber der Krankenversicherung, die durch lückenhafte Einzahlungen entstehen. Könnte hier ein Schuldenerlass durchgesetzt werden?

Ein anderes bedeutendes Anliegen der Menschen mit Armutserfahrung war es, mehr bezahlbaren Wohnraum zu schaffen. Hinzu kam die Frage nach einem effektivem Quartiersmanagement.



Interessant war auch die Diskussion darüber, wie die Politiker\*innen damit umgehen würden, wenn Menschen, die keinen bezahlbaren Wohnraum anmieten können, Häuser besetzen. Gebe es politische Möglichkeiten, diesen selbstorganisierten Ausweg aus Wohnungslosigkeit zu unterstützen?

Einige Probleme waren den Abgeordneten bekannt, wie der angespannte Wohnungsmarkt oder auch die Grundsicherung im Alter oder für Kinder, und sind Themen, die bereits politisch im Fokus stehen. Allerdings traten manche Forderungen für sie zum ersten Mal auf und sie versprachen, diese mit in ihre Parteien und ihre Arbeit als Abgeordnete zu nehmen. Betont wurde hier, dass es sich gezeigt hat, dass Probleme oft systemisch sind und nicht etwa Einzelfragen.





## Fazit

Mit der Frage „Anspruch und Wirklichkeit – Wie gelingt Teilhabe für alle?“ startete das diesjährige Treffen in einen spannenden Austausch zwischen Menschen, die von Armut betroffen sind oder waren, Haupt- und Ehrenamtlichen in Wohlfahrtsverbänden, Gewerkschaften, NGOs, Politiker\*innen sowie Wissenschaftler\*innen. Durch die Vielfalt der in den Workshops aufgegriffenen Themen kamen unterschiedlichste Aspekte von Armut zur Sprache. Das Treffen ermöglichte den Teilnehmenden, Problemlagen aus ihrer ganz persönlichen Sicht zu beschreiben, Gemeinsamkeiten zu erkennen und Schwierigkeiten mit bestimmten sozial-

politischen Regelungen zu benennen. In Bezug auf die politische Teilhabe sind auch die Abgeordnetengespräche positiv hervorzuheben. Hierdurch gelang es, erarbeitete Forderungen noch vor Ort an verschiedene Ebenen der Politik weiterzugeben. Auch hat es das Treffen durch Rundfunk, Fernsehen und Social Media in die breite Öffentlichkeit geschafft und so den Fokus auf die Armutsdebatte gerichtet.

Daran möchte die nak im Jahr 2020 mit dem 15. Treffen der Menschen mit Armutserfahrung anknüpfen. Wir bedanken uns ganz herzlich bei allen Teilnehmer\*innen!

## Impressum

Nationale Armutskonferenz

c/o AWO Bundesverband e.V.  
Blücherstr. 62/63  
10961 Berlin

### **Sprecher**

Gerwin Stöcken

### **Stellv. Sprecher\*innen**

Martin Debener, Werena Rosenke, Robert Trettin

### **Geschäftsführerin**

Anna Droste-Franke

### **Referent der Geschäftsstelle**

Valentin Persau

### **Verantwortlich**

Wolfgang Stadler, Vorsitzender des Vorstandes

### **Autorin**

Charlotte Bellof

### **Redaktion**

Gerwin Stöcken, Anna Droste-Franke und Valentin Persau

### **Bildquelle**

AWO Bundesverband e.V., Jule Roehr

Abdruck, auch in Auszügen, nur mit ausdrücklicher Genehmigung des Herausgebers.  
Alle Rechte vorbehalten

Die in dieser Publikation zum Ausdruck gebrachten Meinungen spiegeln die von den Teilnehmenden zum Ausdruck gebrachten Gedanken wider und stimmen nicht unbedingt mit den Ansichten aller nak-Mitglieder überein.

[awo.org](http://awo.org)